

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seitzer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephanruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einpaltige
Petitzelle oder deren Raum berechnet. - Inserate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 16.

Sonnabend, den 17. April 1915.

19. Jahrgang.

Drei wichtige Broschüren.

I.

Auf dem Bücher- und Broschürenmarkt herrscht zurzeit Hochkonjunktur. Ein bürgerlicher Verlag teilt mit, daß an die 450 Publikationen erschienen sind, die auf den Krieg und was drum und dran hängt, Bezug nehmen. Die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zu den Kriegskrediten hat ja in Parteikreisen, gestützt durch die starke Opposition der Linken, zum Teil eine Abweisung erfahren. Die Fraktionsbeschlüsse werden sicherlich von dem überaus großen Teil der Parteigenossen geteilt, aber es ist doch nicht zu verkennen, daß in Arbeiterkreisen eine gewisse Desorientierung über die wirklichen Dinge, die der Krieg mit sich gebracht hat, herrscht. Es sind nun an die 20 Broschüren erschienen, die von Parteigenossen verfaßt wurden und die zu der ganzen Kriegsfrage Stellung nehmen. Wir greifen aus diesen Neuerscheinungen drei Broschüren heraus, die unserer Meinung nach sehr geeignet sind, das Interesse der Kollegen zu erwecken.

Genosse Legien, der Vorsitzende der Generalkommission, hat eine Broschüre herausgegeben mit dem Titel: „Warum müssen die Gewerkschaftsfunktionäre sich mehr am inneren Parteileben beteiligen?“ Die Broschüre ist eigentlich ein Niederschlag seines Vortrags, den er am 27. Januar d. J. in Berlin gehalten hat. Legien kam zu seinem Vortrag, weil er mit Recht annahm, daß die Kritiker der Fraktion mit ihren journalistischen Leistungen, besonders soweit die Berichterstattung gegenüber der ausländischen Parteipresse in Frage kommt, dazu beitragen würden, die Einseitigkeit der deutschen Arbeiterbewegung zu schädigen. Die Gewerkschaften würden dadurch ebenfalls stark betroffen werden; dem müsse entgegen gewirkt werden. In der Broschüre wird besonders darauf verwiesen, daß die deutsche Parteipresse leider recht zurückhaltend gewesen sei gegenüber den Angriffen, die wir von der ausländischen Parteipresse erfahren hätten. Es ist ein Verdienst Legiens, daß er in seiner Broschüre besonders darlegt, mit welcher Geschlossenheit die Genossen in Frankreich alle ihre Manifeste erließen. Auch wird darauf verwiesen, wie die zwei sozialistischen Minister ohne weiteres die lügenhaften Darstellungen des Ministerpräsidenten Rivian unterzeichneten.

Legien meint mit Recht, daß diese Tatsachen besonders vom Vorwärts, dem deutschen Zentralorgan, besser beleuchtet werden müßten. Die Fraktion der französischen Genossen hat seit dem Krieg eine große Einmütigkeit an den Tag gelegt, wir haben nichts erfahren, daß man in Paris die Mittel zur Kriegführung verweigert, oder daß man der Regierung irgendwelche Schwierigkeiten gemacht hätte. In Deutschland aber seien innerhalb der Partei Kräfte am Werke, die unserer Fraktion in der schärfsten Weise entgegenwirken. Dazu wird die Auslandspresse in recht einseitiger Weise von Deutschland aus bedient. Interessant ist ja, daß der revolutionäre russische Sozialist Plechanoff in seiner Erklärung ebenfalls betonte, daß Deutschland nicht siegen dürfte, weil sonst der Despotismus in Rußland triumphieren würde. Gerade jener Genosse konnte sich in der Verteilung gegenüber dem Zarisismus früher nicht genug tun, heute aber erblickt er in einem russischen Siege sein Heil. Wenn solche Anschauungen zutage treten, dann ergibt sich doch von selbst, daß die Fraktion, indem doch Deutschland angegriffen war, die Kriegskredite nicht verweigern konnte.

Am Schlusse sagt dann Legien, daß sich die Parteifunktionäre besser am inneren Parteileben durch Mitarbeit beteiligen müßten. Er kennt die Überlastung dieser Funktionäre, denn meist muß ein Teil der gewerkschaftlichen Angelegenheiten des Abends miterledigt werden, und somit ist es mit dem besten Willen nicht immer möglich, an den Parteizusammenkünften teilzunehmen. Aber es handelt sich um das Wohlergehen der Organisation, und in einer so kritischen Zeit muß man doppelt und dreifach seine Pflicht tun. Ausdrücklich sei konstatiert, daß sich Genosse Legien nicht herausgenommen hat, sich etwa dazu zu versteigen, daß sich die Gewerkschaften als solche in die inneren Angelegenheiten der Partei mischen sollten. Nein, das hat er mit keinem Wort angedeutet, er gibt nur den Rat, daß die Gewerkschaftsfunktionäre trotz ihrer Überlastung sich an den Parteiarbeiten und Zusammenkünften mehr als bisher beteiligen möchten. Unsere Kollegen können wir die Broschüre des Genossen Legien nur auf das allerdringendste empfehlen.

Eine recht bedeutungsvolle Broschüre hat der Genosse Lenjch, Mitglied des Reichstags, herausgegeben. Diese führt den Titel: „Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg.“ In der Einleitung verweist Lenjch auf die Ausführungen des verstorbenen Genossen Bebel, die jener 1911 auf dem Parteitag in Jena machte. Bebel verwies darauf, daß für das bürgerliche Europa die Parole in Zukunft Aufklärung heißt. Wörtlich sagte Bebel: „Wir werden von jetzt an erst recht einem Zustande entgegengehen, der meiner Überzeugung nach nur mit einer großen Katastrophe enden kann und enden muß.“ Diese Konstatierung ist ja durch den Krieg leider zur Tatsache geworden. Lenjch hebt dann hervor, daß in keinem anderen Staate die Sozialdemokratie so scharf den Militarismus bekämpfte, als wie die deutsche. Der Verfasser räumt mit einer herrschenden Anschauung innerhalb der sozialistischen Kreise in Deutschland gründlich auf, nämlich damit, daß in England alle politischen Wege mit demo-

kratischen Grundsätzen gepflastert seien. Lenjch schreibt wörtlich:

„Wenn man gewisse Artikel der deutschen Arbeiterpresse las, mußte man glauben, daß England nicht von einer kapitalistischen Clique, sondern von einem Ausschuß zur Durchführung der Zehn Gebote und der übrigen Sittengeheißes des Alten und Neuen Testaments regiert werde.“

Das ist eine Bemerkung, die den Nagel auf den Kopf trifft. Offen gestanden, wir haben die Uebersehensmöglichkeit gegenüber England niemals mitgemacht, wie wir überhaupt in den Darstellungen, die auf das Ausland Bezug nahmen, sehr skeptisch gegenüberstanden. Und zwar aus dem Grunde, weil wir da und dort im Auslande Studien machen konnten, die uns bewiesen, daß es mit den so schön geschilderten Freiheiten in den sogenannten demokratischen Ländern nicht allzusehr her ist. Lenjch hat sich deshalb ein Verdienst erworben, wenn er besonders zutreffend die politischen Verhältnisse in England charakterisierte. Und über die Welt herrschaftsgelüste jenes Landes schreibt er:

„Die englische Bourgeoisie, die größte Sklavenhalterin der Welt, treibt ihre Vasallen in den Krieg, die ohne diesen Befehl niemals daran gedacht hätten, an Deutschland den Krieg zu erklären und deren Interessen weder durch den Sieg noch durch die Niederlage Zentraleuropas erheblich berührt worden wären. Die englische Bourgeoisie weiß, um was es sich handelt: Ihre Welt Herrschaft steht in Gefahr.“

Der Hinweis, daß England als Sklavenhalter der Welt auftrat, wird sicherlich als äußerst wahr empfunden, daran ändert auch Kautsky mit seiner Polemik in der „Neuen Zeit“ gegenüber Lenjch nicht das geringste. Und nun schildert der Verfasser in recht eindrucksvoller Weise die Gefahren, die sich ergeben würden, wenn England in diesem Weltkriege siegen würde. Die englische Welt Herrschaft würde neu fundiert, die sich im Innern ergebenden Schwierigkeiten würden mit einem Schlage beseitigt. Wäre Deutschland niedergeschlagen und der Handel vernichtet, das Land selbst zerstört, wer könnte es sich noch erlauben, gegenüber der neuerkündeten Welt Herrschaft Front zu machen. Weiter, würde die englische Industrie wieder eine dominierende Stellung einnehmen, der Arbeiter hätte naturgemäß daran starken Profit und er würde wieder zum europäischen Musterknaben, der nichts gelernt und nichts vergessen hat. Diese Beweisführung ist so einleuchtend, so unangreifbar, daß von den überschwenglichen Englandsbreudern Einwendungen mit Erfolg dagegen kaum erhoben werden können. Der Verfasser weist auf Karl Marx hin, der in bezug auf die Revolutionen meinte, sie müßten als eine Lokomotive der Weltgeschichte wirken. Lenjch meint, dieser Krieg müsse ebenso seine Wirkung ausüben, und zwar um so mehr, weil heute die Arbeiter-schaft mit einem ganz andern kritischen Vermögen, die Lage beurteilen zu können, ausgerüstet ist. Es war notwendig, daß auf gesagt wurde, es hätten in bezug auf die internationale Solidarität sich die englischen Arbeiter keine allzu großen Gewissensbisse gemacht. Wir erinnern bloß an den gewaltigen Kampf, der von den schwebischen Arbeitern ausgefochten wurde, wobei es sich herausstellte, daß man in England über schöne Sympathieerklärungen nicht hinaus-kam.

Krieg und Budgetfrage.

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, dessen Stimme als Zentralorgan der freien Gewerkschaften sehr wohl zu beachten ist, äußert sich in einem Artikel an leitender Stelle „Krieg, Budget und Sozialpolitik“ (in Nr. 13 vom 27. März) zu der Haltung der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags zur letzten Kriegskreditforderung der Regierung von 10 Milliarden, und zwar als Gegenposition, nicht als außerordentliche Forderung, wie die beiden ersten Kriegskredite.

Wir geben diesen Teil des Artikels wieder:

Der am 10. März begonnenen und am 20. März beendeten Tagung des Deutschen Reichstags war eine besonders verantwortungsvolle Aufgabe zugefallen: die Erledigung des Reichshaushalts für das Jahr 1915. Es lag auf der Hand, daß diese Aufgabe nicht ebenso wie die Bewilligung der Kriegskredite vom 1. August und 2. Dezember 1914 an einem Tage gelöst werden konnte, sondern eingehender Prüfungen bedürfte, und daß auch eine Reihe von Plenarberatungen dazu nicht ausreichen konnte, vielmehr das Hauptgewicht der Verhandlungen in die Kommission verlegt werden mußte. Nicht minder war es aber klar, daß nach der Gesamt-lage des Reichs innerpolitische Auseinandersetzungen grundsätzlicher Natur ausgeschlossen sein mußten, da man dem feindlichen Ausland nicht das Schauspiel einer von häuslichem Widerstreit zerrirenen Nation bieten durfte, wofür übrigens auch bei keiner Partei im gegenwärtigen Moment irgendwelche Neigung bestand. Der Verkauf und Abschluß der Tagung hat ja auch, abgesehen von den Zwischenfällen des letzten Tages, für welche keinerlei Partei-verantwortlichkeit besteht, zur Genüge bewiesen, daß alle Parteien in dieser Auffassung der Pflicht der Volkserrettung übereinstimmen.

Auch die sozialdemokratische Partei konnte sich unter den gegebenen Verhältnissen der Pflicht der Budgetbewilligung nicht entziehen. Wie sie vordem die Mittel für die Kriegführung zur Verteidigung des Reichs gegen seine derzeitigen Feinde bewilligt hatte, so mußte sie in Konsequenz dieser Entscheidungen auch jetzt für den Fortbestand des Reichs eintreten, das unter aller Vaterlandsliebe die Erfüllung der Kriegsausgaben von den Verwaltungsausgaben des Reichs wäre jenseits gewesen, da das Reich von Krieg nur dann zu Ende führen kann, wenn sein innerer Bestand unantastet erhalten bleibt, wie es auch jenseits wäre, etwa nur die Mittel zur Verteidigung des Reichs zu bewilligen, dagegen den übrigen Haushalt der gerade jetzt, während des Krieges, soziale Funktionen von größter Wichtigkeit zu erfüllen hat, abzulehnen. Sicherlich war es

für die sozialdemokratische Partei eine außerordentlich verantwortungsvolle Entscheidung, zu wählen zwischen den seitherigen Parteitagbeschlüssen, die eine solche Voraussetzung für die Zustimmung zu einem Budget nicht wörtlich festgelegt hatten, und dem Wohle des Vaterlandes, das der Eingabe aller bedarf, um sich seiner Gegner zu erwehren, und diese Verantwortung konnte nicht vermindert werden durch die Erwägung, daß das Budget ja schließlich auch ohne die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen werden würde. Denn in diesem Augenblick hätte die Budgetablehnung weit mehr bedeutet als eine grundsätzliche Abweisung, einem bürgerlichen Klassenhaute die Mittel zu seiner Weiterexistenz zu gewähren. Sie müßte als eine Deklaration der Partei, na des größten Teils der Staatsbürger aufgefacht werden, daß diesem Staatswesen auch in seiner gegenwärtigen Situation kein Existenzrecht zuzubilligen sei. Wie eine solche Deklaration auf das feindliche Ausland wirken müßte, das sich bisher nur als Volkzieher angemahter Kulturmissionen einschätzte, ist leicht einzusehen. Das deutsche Volk erhofft von uns seine Befreiung,“ währten die Gen. Voicarsé und Sfasonow erklären, und sie würden ihre Kräfte und Anstrengungen verdoppeln, auf die Unehmlichkeit der Deutschen bauend. Der Krieg würde verlängert, die Aussicht, ihn für uns erfolgreich zu beenden, würde verschlechtert.

Alle diese Erwägungen schaffen freilich die Tatsache nicht ganz aus der Welt, daß der staatsbürgerliche Boden, den die Partei mit dieser Entscheidung betrat, seither für sie Neuland war, zu dem kein parteioffizieller Weg führte, vor dem im Gegenteil wiederholt durch deutlich sichtbare Vorposten gewarnt worden war. Wenn aber die bisherige Parteitaktik eine solche Vermittlung zwischen Parteipflicht und Staatsbürgerpflicht nicht konnte, so lag dies lediglich daran, daß noch niemals das Wohl des Reichs und das Wohl des Volkes in gleichem Maße zusammenfallen als gegenwärtig. Historische Momente lassen sich nicht voraussehen und keine Partei kann sich im vorhinein auf so außergewöhnliche Situationen einrichten; es wäre auch lästlich völlig unklar, sich auf Jahre voraus in dieser Hinsicht festzulegen. Was von einer politischen Partei gefordert werden muß, ist aber, daß sie im gegebenen Augenblick, bei ihrer Entscheidung bedingt, sich der Verantwortung für die Folgen ihrer Entscheidung bewußt ist, und daß sie den Mut hat, den rechten Weg zu finden. Entschieden sich die Reichsfraktion im Augenblick der Gefahren, die Reich und Volk in gleichem Maße bedrohen, für einen von früheren Parteitagen verbotenen Weg, so wird sie dem nächsten Parteitag über ihr Verhalten Rechenschaft geben müssen, und dieser hat zu beurteilen, ob sie recht gehandelt hat.

Die Gewerkschaftsrichtungen nach dem Kriege.

Der Regulator, das Organ des Gewerkschaftsvereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter (S.-D.), hat kürzlich den Vorschlag gemacht, das heute vielfach vorhandene „bürgerliche“ Verhältnis der verschiedenen Verbände auch über den Krieg hinaus beizubehalten. Die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen sollen später bei Lohnbewegungen, Kämpfen und sozialpolitischen Aktionen zusammengehen, allerdings müsse Grundbedingung sein, jeder Richtung ihre Eigenart zu belassen. Das Blatt begründet seinen Vorschlag in der Hauptsache wie folgt:

Nach Beendigung des gegenwärtigen Weltkrieges wird so-wie für die Arbeiterorganisationen noch eine sehr schwere Belastungsprobe kommen. Die Preise für Lebensmittel und die andern Bedarfsartikel werden sehr hoch sein, teilweise, besonders in der Rüstungsindustrie, bestechen dann verhältnismäßig hohe Verdienste. Wenn dann die Millionen Krieger wieder zurückströmen und Arbeit suchen, die Hochkonjunktur der Rüstungsindustrie vorbei sein wird und die andern Weltverbindungen der Großindustrie noch zerfallen sind, wird eine große Arbeitslosigkeit entstehen, Auslandsüberweisungen mit den Arbeitgebern wegen der Fülle der Löhne werden unausbleiblich sein, dann werden die Arbeiterorganisationen nochmals ihre ganze Leistungsfähigkeit aufzumehmen müssen, um auch jene Zeit ungedrungen bestehen zu können.

Was der „Regulator“ hier schreibt, wird in vollem Umfange eintreten, und es ist zu begrüßen, daß freigewerkschaftliche Organe (wie das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ und der „Grundstein“) sich in sympatischer Weise zu dem angegebenen Vorschlag schon ausgesprochen haben.

Der Wunsch, daß die Verbände zusammenarbeiten möchten, ist uns in den letzten Wochen auch in der christlichen Gewerkschafts-presse begegnet. So schrieben die „Graphischen Stimmen“ (Nr. 6) unter anderem:

An gemeinsamen Zielen fehlt es (den Gewerkschaftsrichtungen) wirklich nicht, so daß eigentlich auch gemeinsame Wege zu denselben gefunden werden müßten. Wie sonderbar ist es überhaupt, daß die Mitglieder und Führer aller selbständigen Gewerkschaften bei Tarifbewegungen so schön zusammenarbeiten können. Das geht, weil jede verlebende Bewegung gegenüber der andern Richtung die notwendige Emphase geföhren würde. Was liegt da näher als der Wunsch, daß dieser bisher nur bei Tarifbewegungen zu erreichende Zustand nach dem Kriege ein allgemeines Merkmal der deutschen organisierten Arbeiterschaft werden möchte? In der Arbeitsnachfrage haben sich die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen schon zu gemeinsamem Vorgehen entschlossen. Können noch viele solche Gelegenheiten sich bieten. Das ganze deutsche Volk soll, wenn es seine Feinde niedergeworfen hat, die Lehren des Krieges beachten. Und welche wäre wichtiger als die: Leid einig!

Sollen diese für die gesamten Arbeiter möglichen Wirksamkeiten zum Ziele führen, so ist insbesondere eines nötig: Die christlichen Gewerkschaftsrichtungen möchten in Arbeiterfragen stets die Massen-solidarität der Arbeiter höher stellen als die allerindividuellen Sonderinteressen von Nichtarbeiterkreisen. So haben es die freien Gewerkschaften stets gehalten, an ihnen wird es also nicht liegen, wenn eine Einmütigkeit auf der Parole, wie sie der „Regulator“ wünscht, nicht zustande kommt.

Soweit die Zusammenarbeit in Frage kommen, müssen wir allerdings bemerken, daß gerade unter Verband mit den Organisationen anderer Gewerkschaftsrichtungen mehr die allseitigsten Erfahrungen gemacht hat. Wir dürfen nicht, daß ihre Verbände ihre wertvollsten Kenntnisse nicht teilen können.

Am liebsten haben wir den Zusammenbau der Parteien Organe recht herzlich begrüßt. Aber es sollte uns freuen, wenn sie redlich die guten Vorschläge durchzuführen wollten.

